

## **Ökonomischer Wandel versus kulturelle Identität. Anmerkungen zum Erfordernis kultureller und ökonomischer Anpassungsleistungen von Migranten in postindustriellen Gesellschaften**

Unzureichende kulturelle und ökonomische Integration führt zu Verunsicherung bei Zugewanderten und Einheimischen gleichermaßen. Zuwanderer und marginalisierte Einheimische, „Globalisierungsverlierer“, konkurrieren um die gleichen knappen Ressourcen: Arbeit, Wohnen und soziale Grundsicherung. Die Vorstellung einiger „wohlmeinender“ Migrationsforscher (vgl. den Wohnbundkongreß „Migration – Stadt im Wandel“ vom November 1997), die das Heil in einer „Migrantenökonomie“ in kleinen Marktnischen suchen, dürfte zu kurz greifen. Da die dortigen Kleinbetriebe des einfachen Dienstleistungsbereichs nach Auskunft einiger Wirtschaftsprüfer und Finanzbeamten nur relativ geringe Umsatzzahlen aufweisen und aufgrund niedriger Erträge (sonst gäbe es nicht so überdurchschnittlich viele Konkurse) nur wenig oder gar keine Einkommenssteuer zahlen, muß aus volkswirtschaftlicher Perspektive mehr von ersparten Sozialtransfers geredet werden denn von der Produktion echten volkswirtschaftlichen Mehrwerts. Wer aber den Lebens- und Sozialstandard dieser Republik und dieser Volkswirtschaft langfristig erhalten will, muß mit international wettbewerbsfähigen Unternehmen Erträge erwirtschaften, die über die fiskalische Umverteilung der gesamten Gesellschaft zugute kommen. Migranten, auch der zweiten und dritten Generation, sind aber in Relation zu ihrer Gesamtzahl in diesen Wirtschaftssegmenten (Informations- und Kommunikationstechnologien, Medien, Biotechnologie, Verfahrenstechnik etc.) erschreckend unterrepräsentiert.

Die erkenntnisleitenden Fragen dieses Beitrags werden daher sein: Können ökonomischer Wandel und kultureller Wandel voneinander abgekoppelt werden? Was bedeutet das für das aktuelle Paradigma von der „Bewahrung der eigenen kulturellen Identität von ethnischen Minderheiten“? Welche Konsequenzen hat dies für die zu entwickelnden politischen Problemlösungsstrategien?

Die dahinterstehenden Thesen lauten: Wer sich als Zuwanderer in einer postindustriellen Gesellschaft niederläßt, wird unter den ökonomischen Bedingungen dieser Aufnahmegesellschaft leben und arbeiten

müssen. Wer ökonomisch erfolgreich sein will – und das dürfte die Basis jeder Integration sein – muß sich die letztlich kulturell begründeten ökonomischen Verhaltenweisen und Tugenden aneignen, die den neuen Produktionsverhältnissen angemessen sind. Der ökonomische Wandel zieht also kulturelle Veränderungen nach sich. Die Folge ist, daß bestimmte „vormoderne“ Verhaltenweisen offenbar dysfunktional werden und zu Spannungen, wenn nicht zu Modernitätsbrüchen führen, z. B. im Verhältnis der Geschlechter, in der Wahlfreiheit individueller Lebensoptionen, im Verhältnis zwischen alt und jung, im Verhältnis zwischen Unterordnung und Kritikfähigkeit und in der Einstellung zu Bildung, Toleranz und Rationalität.

### **1. Globalisierung**

„Unter globaler Ökonomie verstehen wir eine Ökonomie, die einheitlich in Echtzeit in planetarischem Umfang arbeitet. Es ist eine Wirtschaft, in der Kapitalströme, Arbeitsmärkte, Informationen, Rohmaterial, Management und Organisation internationalisiert und vollständig interdependent sind“ (Castells 1993, zit. nach Friedrichs 1997, 3). Wesentliche Kennzeichen von Globalisierung sind die Ausweitung des Prinzips der internationalen Arbeitsteilung, der international völlig freie Fluß von Kapital – primär von Renditeerwartungen gesteuert – und die z. T. extreme Ausweitung des räumlichen Wettbewerbshorizontes in fast allen Produktionsstufen und Branchen. Begleitet und forciert werden diese Entwicklungen durch die rasante Weiterentwicklung der Telekommunikations- und Informationstechnologien, die einen immer schnelleren Zugang zu Informationen aller Art weltweit erlauben. Innovationsvorsprünge, eines der Hauptmerkmale der Schumpeterschen „Pionierunternehmen“, sind von immer kürzerer Dauer und verlagern sich von Innovationen in Produktionsprozessen auf „die Entwicklung anwendungsorientierten Wissens“ (Brock 1997, 16).

In hochindustrialisierten Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland macht sich die Globalisierung als „Strukturwandel“ bemerkbar. Der sekundäre – industrielle – Sektor verliert seit ca. 25 Jahren kontinuierlich an Bedeutung und wird ersetzt durch den tertiären Dienstleistungssektor. Dieser Ersatz geschieht jedoch unvollständig und wird begleitet durch eine steigende „persistente“ Arbeitslosigkeit, die sich nach jedem Konjunkturzyklus seit 25 Jahren um jeweils rund 800.000 erhöht hat (Kloppfleisch u. a. 1997, 24).

## 2. Wandel der Qualifizierungsanforderungen

Der Bundesbericht Forschung (1996, 18) weist darauf hin, daß der umfassende Einsatz der Informationstechnik und die Entwicklung zur Informationsgesellschaft einhergehen mit einem Wandel der Berufe und Beschäftigungsfelder. So sei es gerechtfertigt, aus den traditionellen drei Sektoren einen vierten Sektor „Information“ herauszulösen und separat darzustellen. Im Jahre 2010 werden ca. 55% der Beschäftigten in diesem Sektor tätig sein. Die Bundesregierung schätzt, daß im Jahr 2010 18,4% der Erwerbstätigen in diesem Feld beraten, betreuen, lehren, schulen und publizieren, gegenüber 11,8% 1991. Insgesamt werden die wissensmäßigen Anforderungen an die Beschäftigten steigen. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung schätzt, daß im Gegenzug bis zum Jahr 2010 jede zweite Stelle für Ungelernte wegfallen wird. Gleichzeitig steige der Bedarf an Hochschulabsolventen um 50%. Aber auch das Qualifikationsniveau von Ausbildungsberufen werde kontinuierlich wachsen. Die Erwerbstätigen benötigen eine lebenslange Bildungs- und Fortbildungsbereitschaft, die es ihnen ermöglicht, ihren Arbeitsplatz zu behaupten und entsprechende Lohnforderungen durchzusetzen.

Dieser Strukturwandel der Berufswelt wird für die weitere Diskussion um Arbeitsmigration nach Deutschland von großer Bedeutung sein. Ob, wie es Friedrichs (1997, 9) vermutet, der Bedarf an niedrig qualifizierten Dienstleistungsjobs (Reinigung, Reparatur, Botendienste etc.) – ähnlich wie in den USA – wächst, oder ob zumindest in Deutschland aufgrund der Lohnregulation nur der Ausweg in die Schattenwirtschaft bleibt, muß sich noch zeigen. Die weiterhin steigende Zahl von niedrig qualifizierten Arbeitslosen und die anwachsende Schwarzarbeit, besonders in der Bauwirtschaft, scheinen letzteres nahezu legen.

Gerade für Migranten ist diese Frage allerdings von existentieller Bedeutung, weil sich die Arbeitsmärkte im Zuge der Globalisierung stark verändern. Der Strukturwandel der hiesigen Wirtschaft wird beschleunigt, mit allen Konsequenzen sowohl für das Einkommensniveau als auch für die benötigten Qualifikationen. In jedem Fall geht die Schere der Einkommen zwischen hochqualifizierten Gutverdienern und niedrigqualifizierten Geringverdienern weiter auseinander.

## 3. Steigende Qualifizierungsdefizite von Migranten

Ein wichtiges Problem im Zusammenhang mit der Einwanderung ist sicherlich das – gemessen an den Anforderungen eines hochindustrialisierten Landes – relativ niedrige Bildungs- und Berufsqualifizierungsniveau vieler Migranten. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Juni 1998 belegt, daß die Schulbesuchsquote ausländischer Kinder im Alter von 15 bis unter 20jährigen 1996 nur bei 61% lag (vgl. DIW 1998, 420ff). Dagegen besuchten 89% vergleichbarer deutscher Kinder regelmäßig die Schule. Vergleichbare Unterschiede gibt es bei den einzelnen Schularten und dem Anteil der Auszubildenden am jeweiligen Jahrgang. Während knapp 20% der deutschen 16– bis 20jährigen die gymnasiale Oberstufe besuchen, sind es nur 5,6% aller Ausländer dieser Altersstufen (bei den Türken 4,0%). An Grund- und Hauptschulen beträgt der Ausländeranteil 14,2%, an Sonderschulen gar 19,2%. Rund 30% aller Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluß machten, hatten eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Immer noch verläßt fast jeder fünfte ausländische Jugendliche die Schule ohne jeden Abschluß (Berufsbildungsbericht 1998, 57). Auch bei Mittlerer Reife und Abitur bleiben nach wie vor – so die DIW-Studie – große Abstände zu deutschen Jugendlichen. Besonders Seiteneinsteiger, z. B. nachgeholte Kinder, und tendenziell mehr Jungen als Mädchen haben Schulprobleme. Außerdem mehrten sich Hinweise aus Schulen mit hohem Ausländeranteil, daß gerade türkische Eltern die Bedeutung von Bildung und Sprachkompetenz noch immer nicht erkannt haben bzw. als Gefährdung ihrer türkisch-islamischen Identität ablehnen.

Das formale Bildungsniveau der ausländischen Wohnbevölkerung hat sich zwar in den letzten Jahren verbessert, verharrt aber – so die Schlußfolgerung des DIW – seit jüngster Zeit auf immer noch niedrigem Niveau. Ähnlich düster sieht es bei der Ausbildungsbeteiligung ausländischer und deutscher Jugendlicher aus. Während die Quote der Ausländer weiter auf 38,7% in 1996 sank, stagnierte sie bei den Deutschen bei 64%. Jeder dritte ausländische Jugendliche verläßt die berufsbildenden Schulen ohne Abschluß (vgl. DIW 1998, 423).

Zeitungsberichte, in denen sich Vertreter des Handwerks oder der gewerblichen Wirtschaft darüber beklagen, daß das Leistungsniveau und der Wissensstand von Lehrstellenbewerbern in den letzten Jahren permanent gesunken sind, legen jeoch den Schluß nahe, daß auch ein formaler Bildungsabschluß keine Gewähr bietet, daß ein bestimmtes Kenntnispotential vorhanden ist. 10% bis 15% aller Lehrstellen werden

nach Ansicht des Geschäftsführers der „Stiftung Lesen“, Klaus Ring, nicht besetzt, weil entsprechende Bewerber nicht richtig lesen und schreiben könnten. Aufgrund schulischer Defizite brächen 15% der Lehrlinge ihre Ausbildung ab, weil sie wegen Schreib-, Lese- oder Rechenschwäche den Anforderungen nicht gewachsen seien. In diese Gruppe fallen nicht nur – aber gerade auch Ausländer. Ende Januar 1998 meldeten die Handwerkskammern der Region Köln/Bonn, daß 1997 die Zahl der ausländischen Lehrlinge im Vergleich zu 1996 um 21,7% zurückgegangen ist, während die Gesamtzahl der Lehrverträge sogar leicht gestiegen war. Während Herrmann (1995, 29) konstatiert: „Diese jungen Leute orientieren sich an deutschen Normen und Lebenszielen, beherrschen die deutsche Sprache und können nur noch im statistischen Sinne als Ausländer gelten“, legen die Zahlen eine pessimistischere Interpretation nahe.

Ausländer sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. So stieg ihre Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 5,0% im Jahre 1980 auf 18,9% 1996. Bei den Deutschen lagen die entsprechenden Quoten 3,8 bzw. 10,1% (alte Länder). Die Türken stellen absolut und relativ die meisten ausländischen Arbeitslosen. Während im September 1979 nur 4,2% der Türken arbeitslos waren (zum Vergleich: 3,9% aller Ausländer), waren es im September 1996 22,5% (18,6% der Ausländer insgesamt). In den Wintermonaten ist mittlerweile jeder vierte Türke ohne Beschäftigung. Der Anteil von Ausländern ohne abgeschlossene Berufsausbildung an den arbeitslosen Ausländern insgesamt betrug im September 1996 78,2% (alle Zahlen aus Ausländerbericht 1997, 30f).

Hof (1994, 13) weist nach, daß Ausländer zwar relativ schnell Beschäftigung gefunden haben, sich aber keinen Dauerarbeitsplatz sichern konnten. Im Konjunkturabschwung ab 1991 waren vor allem solche Regionen von spürbar steigender Arbeitslosigkeit betroffen, die vorher hohe Zuwanderungsraten aufwiesen. Im Vergleich zu den demographischen und arbeitsstrukturellen Verschiebungen in Deutschland gab es in den Jahren 1988 bis 1993 eine doppelt so hohe durchschnittliche Jahreszuwanderung (800.000) wie der Arbeitsmarkt verkraftet hätte.

Dagegen berichtet Welzmüller (1997, 26), daß zwar die Gesamtzahl der in Deutschland beschäftigten EU-Bürger zurückgegangen ist, der Anteil an Akademikern aber relativ gewachsen ist. Das legt den Schluß nahe, daß innerhalb der EU vor allem Führungskräfte und die technologische Elite über die Grenzen ihrer Heimatländer hinaus mobil sind.

Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte kommen vor allem aus Nicht-EU-Ländern.

#### **4. Migrantenökonomie als Königsweg?**

Laut Mikrozensus gab es 1995 rund 239.000 ausländische Selbständige, die etwa 25.000 Familienangehörige beschäftigten. Damit waren 8,7% aller Ausländer selbständig, gegenüber 7,2% im Jahr 1987 (vgl. Ausländerbericht 1997, 31). Für 1992 schätzt das RWI einen Gesamtumsatz aller ausländischen Selbständigen von 70 Mrd. DM bei einem Investitionsvolumen von 2 Mrd. DM und einer Nettowertschöpfung von 27 Mrd. DM. Rund ein Viertel des gesamten ausländischen Arbeitskräfteangebotes werde so in Lohn und Brot gebracht. Das Zentrum für Türkeistudien (zit. als Goldberg/Sen 1997, 65) geht für 1996 von 40.500 türkischen Unternehmen in Deutschland aus, die rund 168.000 Arbeitsplätze geschaffen haben, Tendenz steigend. 91% davon sind Einzel- (37%) und Kleinbetriebe, nur 8% gelten als mittelständische und 1% als Großbetriebe (Rudolph/Hillmann 1997, 96 f). In Nordrhein-Westfalen wählten folgerichtig 80% der türkischen Selbständigen die Rechtsform der vollhaftenden Personengesellschaft GbR. Nur knapp 20% waren als GmbH eingetragen (Goldberg/Sen 1997, 73).

Die Gründe für den Weg in die Selbständigkeit liegen in dem höheren Risiko für Ausländer, arbeitslos zu werden und es langfristig auch zu bleiben (Ersöz 1997, 115). Hatz (1997, 173f) spricht deshalb von „unfreiwilliger“ Selbständigkeit „unfreiwilliger“ Subkulturen. In Phasen günstiger Beschäftigungsmöglichkeiten wird aber, so das RWI, durchaus wieder eine Arbeitnehmertätigkeit aufgenommen. Dies mag einer der Gründe dafür sein, daß ausländische Betriebe im Vergleich zu deutschen eine kürzere Lebensdauer aufweisen und von erheblich größerer Fluktuation betroffen sind (Ausländerbericht 1995, 22). Insgesamt, das legen RWI und Zentrum für Türkeistudien nahe, sei der Beitrag ausländischer Unternehmer für die sozio-ökonomische Integration der Ausländer von erheblicher Bedeutung. Das Ausbildungsplatzpotential sei dabei noch lange nicht ausgeschöpft, was bei der viel zu hohen Zahl von ausländischen Jugendlichen ohne Lehrstelle von großer Bedeutung ist.

In welchen Branchen sind nun Migranten in Deutschland als Selbständige tätig? Hatz (1997, 174 ff) weist nach, daß aufgrund von ausländerspezifischen und gewerberechtlichen Regulationen vor allem Freie Gewerbe als „Jedermannqualifikationen“ gewählt werden: Das

sind vor allem die Gastronomie und der Einzelhandel, partiell auch der Großhandel sowie handwerksähnliche Betriebe. Dies bestätigen auch Goldberg/Sen (1997), Rudolph/Hillmann (1997) und Hatz (1997). Das RWI schätzt für 1993, daß von den rund 25.000 ausländischen Handwerksbetrieben 19.500 handwerksähnliche Betriebe, z. B. Schlüssel- und Schuhreparaturdienste, aber nur 5.500 Vollhandwerksunternehmen sind. Der wesentliche Hindernisgrund, einen Vollhandwerksbetrieb zu eröffnen und damit auch ausbilden zu können, ist nach Ansicht des RWI die fehlende Meisterprüfung. Goldberg/Sen (1997, 76) bestätigen, daß nur 1,7% der türkischen Selbständigen einen Meisterbrief besitzen.

Die „Segmentierung“ des ausländertypischen Arbeitsmarktes (Fassmann 1997, 164f) bleibt also auch im Bereich der Selbständigen im wesentlichen erhalten. Ob nun die theoretischen Modelle der „Nischenökonomie“, der „Ergänzungsökonomie“ oder das „Reaktionsmodell“ (Goldberg/Sen 1997, 66ff; Rudolph/Hillmann 1997, 89) sich als Erklärungsmuster für die Art und Weise der spezifischen unternehmerischen Selbständigkeit von Ausländern eignen, kann in der Literatur offensichtlich nicht abschließend geklärt werden. Für das Modell der Nischenökonomie spricht die nach wie vor große regionale Konzentration insbes. türkischer Betriebe in Gebieten mit einem hohen Anteil ihrer Landsleute. Die Nachfragestruktur und das Konsumverhalten bestimmen und begrenzen den Markt.

Was sind die Gründe für die überdurchschnittlich hohe Fluktuation und die relativ kurze Lebensdauer ausländischer Betriebe? Die Gründe können hier nur summarisch aufgelistet werden: Fehlende Kenntnisse in Betriebswirtschaft und des deutschen Rechtssystems; zu wenig Marktanalysen und Investitionen ins falsche Marktsegment (Rudolph/Hillmann 1997, 100f); zu dünne Eigenkapitaldecke (Hatz 1997, 177); z. T. zu geringe Innovationsfähigkeit oder -möglichkeit; unklare Entscheidungsstrukturen, weil Kapitalgeber aus der Familie „mitbestimmen“ wollen; Eigenkapitalverzehr, weil keine regelmäßigen Ersatzinvestitionen getätigt werden (Herunterwirtschaften der Geschäftsausstattung); keine Ausweitung auf deutsche Kundengruppen – bei 52,8% der befragten türkischen Unternehmer besteht die Kundschaft zu mehr als die Hälfte aus Türken, im Handwerk und den Dienstleistungen sogar bis zu 75% (Goldberg/Sen 1997, 79); kaum Nutzung entsprechender Existenzgründerberatungen. Mögliche Hindernisse wie Sprachschwierigkeiten oder Diskriminierung durch Nachbarn rangieren bei den befragten türkischen Unternehmern unter „fer-

ner liefern“ (ebd., 74). Branchenspezifische und kaufmännische Probleme dominieren. Fassmann (1997, 168) behauptet sogar, ethnische Netzwerke – allgemein als Startvoraussetzung für den Weg in die Selbständigkeit genannt – zementierten die ethnische Segmentierung der Arbeitsmärkte.

Migranten suchen sich also Marktbereiche, die durch geringe Produktivitätsfortschritte gekennzeichnet sind (Schettkat 1996, 30). Damit bleibt ihr wirtschaftlicher Erfolg ganz entscheidend von der Lohndifferenz zu den Nachfragern bestimmt. Das macht die spezifische Form der Ausländerökonomie so schwankungsanfällig. Besonders gravierend ist außerdem, daß sich Migranten in Deutschland, insbesondere aus der Türkei, in den forschungsintensiven High-Tech-Bereichen wie Biotechnologie, Halbleiterforschung, neue Werkstoffe, Genforschung und Pharmazie, Robotertechnik, Informatik und Telekommunikation, Meß- und Regeltechnik, Finanzdienstleistungen etc. so gut wie gar nicht engagieren. Die optimistische Feststellung von Goldberg/Sen (1997, 82): „Die innere Struktur der ethnischen Ökonomie wandelt sich vom rein ethnischen Marktsegment zur pluralistischen bzw. multikulturellen Wirtschaft“, scheint deshalb so (noch) nicht haltbar zu sein. Der Anteil von nur 0,14% nichttürkischer Angestellter in türkischen Betrieben (ebd., 74) legt geradezu eine ethnische Monostruktur und Selbstbezogenheit nahe.

Gemessen an der ökonomischen Globalisierung, die sehr hohe Anforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland stellt, ist der Beitrag der hier lebenden Migranten – im Gegensatz zu den Niederlassungen ausländischer Firmen – noch unzureichend. Ohne die volkswirtschaftlichen und sozialen Leistungen, die die ausländischen Selbständigen erwirtschaften, in Abrede stellen zu wollen: Die Maßstäbe für ausländische und natürlich für deutsche Unternehmen hängen sehr viel höher. Ziel muß es sein, Selbständigkeit mit einem höheren Anspruch zu verknüpfen als bloß Vermeidung von Arbeitslosigkeit.

## **5. Zum Verhältnis von kulturellem und ökonomischem Wandel**

Wenn ausländische männliche Jugendliche nach wie vor zu einem relevanten Teil auf eine Berufsausbildung verzichten, weil sie – auch bedingt durch eine sehr frühe Familiengründung – den schnellen Gelderwerb vorziehen (Herrmann 1995, 28), wenn türkische Mädchen auf eine Lehre oder ein Studium verzichten, weil dies aufgrund der traditionellen Normen und des frühen Heiratsalters nicht üblich ist, wirkt das kulturelle System auf das ökonomische System ein. Dies wird zur

Zeit exemplarisch besonders deutlich in der breit diskutierten Hinwendung der islamischen Welt und der türkischen Migranten in Deutschland zu traditionellen Normen und Werten, vor allem zum Islam. Es soll hier nicht das Ausmaß dieses Prozesses analysiert werden, weil gerade hier die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Diskutiert werden soll stattdessen das Verhältnis von kultureller Stagnation oder dem soeben beschriebenen traditionalistischen Rollback zu den ökonomischen Anforderungen der Globalisierung.

Exemplarisch für die heutige Synthese einer Modernisierungstheorie steht der Ansatz von Gensicke (1996). Er betont, daß im Rahmen von Modernisierung das Prinzip der Innovation ideell und gesellschaftlich gegenüber dem Prinzip der Tradition aufgewertet worden ist. „Modernisierung ist permanente Innovation. ... Voraussetzung von Innovation ist Freiheit“ (ebd., 3). Das philosophische Ziel von Modernisierung – neben einem anderen Zeitverständnis, das die Idee vom ewigen Kreislauf des Gleichen ablöst – ist daher „letztlich das gute Leben für die größtmögliche Zahl, das Mittel ist permanenter innovatorischer Fortschritt durch Rationalisierung und Aktivierung der mehr oder weniger weit gestreuten individuellen Fähigkeiten und Motivationen“ (ebd., 3).

Was aber ist „modern“? Modernität wurde offensichtlich auch am ökonomischen Erfolg gemessen. Die Modernisierungstheoretiker bis ca. 1970 waren sehr eurozentristisch geprägt und – dies galt auch für marxistische Modernisierungstheorien (Rose 1981) – konstatierten den Entwicklungsstand von Europa und Nordamerika als Maßstab für die Entwicklung der „rückständigen“ Teile der Welt. Ethische Besonderheiten und Entwicklungsfaktoren wurden entweder nicht berücksichtigt oder als „vormodern“ abqualifiziert (Ortmanns 1996, 33). Unter ökonomischem Blickwinkel läßt sich diese Kritik zwar nicht relativieren. Da sich aber nach dem Ende der sozialistischen Staaten Osteuropas der Kapitalismus in seiner globalisierten Form als Weltstandard durchgesetzt hat, muß ökonomischer Erfolg oder Mißerfolg (und damit auch ökonomische „Modernität“) an diesem Standard gemessen werden. Es ist nicht illegitim, kulturelle Normen und Werte auf ihre Effizienz im Hinblick auf eine globalisierte Ökonomie zu überprüfen.

Modernisierung bedeutet Strukturwandel durch funktionale Differenzierung von Systembestandteilen, deren Teilsystem „Wirtschaft“ sich über den Markt steuert. Modernisierung bedeutet eine Veränderung der Lebensweise, die durch einen Trend zur Individualisierung gekennzeichnet ist und individuelle Lebensentwürfe möglich macht. Dies

geht einher mit einem Verlust an Bindung, Sicherheit und Orientierung, aber einem Gewinn an individueller Autonomie und Handlungsspielräumen. Die veränderte Lebensweise bleibt schließlich nicht ohne Auswirkungen auf die Mentalität, auf die Werte. Statt in ein sozial statisches Milieu mit vorgegebenen Rollen hineinzuwachsen („Normative Akzeptanz“), stehen nun Selbstentfaltung, Partizipation und Hedonismus im Vordergrund. Fazit: Das ökonomische System im Zeichen der Globalisierung erfordert und bedingt offensichtlich die Wertewandelgesellschaft, während feudalistische bzw. „traditionelle“ Produktionsmethoden Menschen prägen, die nach starren Rollenmustern, Normen und Werten leben.

## 6. Globalisierung und Lebensstil

Wertewandel, moralischer Wandel und damit auch kultureller Wandel beruhen einerseits auf sich ändernden normativen Werten, Moralvorstellungen und religiösen Vorschriften. Der Wandel ist aber in sehr viel größerem Maße Ergebnis von ökonomischen Anreizprozessen (Hommann 1997, 16ff). Veränderte Handlungsbedingungen, Kosten- und Anreizstrukturen ziehen – bei freier Entscheidungsmöglichkeit – geändertes Verhalten nach sich. So ist empirisch nachzuweisen, daß sich das generative Verhalten, also die Geburtenrate, Mitte der 60er Jahre vor allem deshalb geändert hat, weil Frauen aufgrund von besserer Bildung sich größere Erwerbschancen erarbeitet haben, die durch eine zu frühe Schwangerschaft und zu viele Kinder zunichte gemacht worden wären (ebd., 17).

Bestehen bei geändertem Anreizsystem jedoch keine oder stark eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, z. B. aufgrund von kulturell bedingt starker normativer Orientierung, werden aufgrund der Ungleichzeitigkeit von Wertewandel und Globalisierung auf individueller Ebene Frustration und Konflikte entstehen, während auf der kollektiv-sozialen Ebene Modernisierungsbrüche unvermeidlich sind. Immer wenn gemäß dem ökonomischen Rationalmodell eine „vernünftige“ und freie Entscheidung behindert wird, sind ökonomische und soziale Fehlallokationen die Folge. Auf der politischen Ebene werden dann repressive Sanktionssysteme aufgebaut, um rationales Verhalten zu verhindern (Bsp. Volksrepublik China). Auf der individuellen Ebene sind es regelmäßig Normensysteme, die bestimmte Gruppen von Menschen systematisch benachteiligen, andere wiederum dauerhaft bevorteilen (z. B. patriarchale Familienstrukturen).

Auch Negt (1995) mit seiner Fundamentalkritik an der Ökonomisierung aller menschlichen Lebensbereiche fordert für seine „Zweite Ökonomie“ eine Gesellschaftsreform, „die der sozial-kulturellen Logik“ folgt (1995, 9). „Das setzt allerdings voraus, daß Kreativität, Eigeninitiative, Unbotmäßigkeit und Mußefähigkeit von Kindesbeinen an ein maßgebender Wert der Erziehung, des Bildens und des Lernens ist“ (ebd., 9). Damit ist er bei den emanzipativen Bildungsidealen der Reformpädagogik auf der Basis linker bzw. kritischer Sozialwissenschaften und Politikansätze. Auch diese Bildungsideale kollidieren mit vormodernen traditionellen Wertesystemen.

Bei den Globalisierungsgewinnern, den neuen Eliten, bildet sich ein stark individualisierter Lebensstil heraus, der sich auch bei den Zugewanderten von den typischen Kulturtraditionen ihres Geburtslandes z. T. stark unterscheidet. Brock (1997, 19) beschreibt in Anlehnung an Reich die Charakteristika: hohe Selektivität bei der Verarbeitung von Informationen und Möglichkeiten, biographische Offenheit, aktives Eingehen zeitlich begrenzter Verbindungen, fließender Übergang von Arbeit und Nichtarbeit. Daß dieser folgerichtige Prozeß auch bei türkischen Migranten in ersten Ansätzen beobachtet wurde, aber auch als bedrohlich empfunden wird, belegen Äußerungen von Ersöz (1997, 116), der zunächst eine zunehmende Schichtung in der Türkischen Gemeinschaft von Berlin konstatiert und dann besorgt fragt, „ob die neuen Reichen sich weiterhin mit den anderen Türken Berlins identifizieren“. Warum sollten sie?

Wenn nun bei der allseits konstatierten verstärkten Hinwendung gerade der türkischen Bevölkerungsgruppe zu traditionellen und religiös begründeten Werten, gepaart mit einem weiterhin traditionellen Lebensstil und partiell wachsendem islamischen Fundamentalismus, die bisherige Forderung nach Integration in die deutsche Gesellschaft durch eine starke Betonung kultureller Identität ergänzt wird (Häußermann 1997, 24; Waltz 1997, 24), hat dies Auswirkungen auf die Position der Migranten in einer globalisierten Ökonomie. Wenn im Rahmen eines „Kulturmodells“ (Goldberg/Sen 1997, 69ff) die Spezifika ethnischer Betriebsgründungen erklärt werden, erhält die soziale und kulturelle Orientierung eine entscheidende Bedeutung (Rath 1997, 60). „Die durch die Herkunftsländer geprägten Verhaltensmuster und -normen bestimmen deren wirtschaftliche Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland“, stellen Goldberg/Sen (1997, 69) fest. Unter „Verhaltensmuster“ werden „ethnische Ressourcen“ verstanden: Arbeitstugenden, familiale und ethnische Bindungen in der ethnisch ge-

prägten Gemeinschaft. Der „Wirtschaftsstil“ (Müller-Armack) prägt die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und die ist – dies belegen die empirischen Daten – bei den türkischen Migranten nur auf einem unteren bis mittleren Produktivitätsniveau gegeben. Wenn „kreative Intelligenz in den nächsten Jahrzehnten zur entscheidenden Ressource wird“ (Weiss 1995, 10), sind traditionelle Verhaltensmuster, die in detail das Rollenverhalten, die Partnerwahl, die Bildungsbiographie, die politische Beteiligung und das Weltbild determinieren, kontraproduktiv. Verschiedene Studien (Zentrum für Türkeistudien 1997; Becker 1996) haben gezeigt, daß der intensive Fernsehkonsum vorwiegend türkischer Sender aus dem Heimatland und der extrem geringe Anteil von Ausländern unter den Lesern deutscher Tageszeitungen zu einer weiteren Entfremdung vom politischen Alltag auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene führt. Daß dies immer noch als „freiwillige, selbstbestimmte, zeitweilige und räumlich-partielle Dissoziationsmomente“ beschrieben wird, „die der Identität des Anderen helfen, integrationswillig und -fähig zu werden und zu bleiben“ (Becker 1996, 47), wirkt angesichts der verheerenden Auswirkungen auf den Grad von Informiertheit, z. B. in Planungsprozessen (Neuhöfer 1997), hilflos oder zynisch. Ob die „ethnischen Zirkel“ (Goldberg/Sen 1997, 68) in der Migrationsökonomie durchbrochen werden können, hängt wohl in stärkerem Maße von der kulturellen Wandlungsfähigkeit der Migranten ab.

## **7. Schlußfolgerung: Mut zur Modernität**

Eine Integrationspolitik für Migranten, die über ein geringes Ausbildungsniveau verfügen, kostet staatliches Geld, das über Steuern und Sozialbeiträge finanziert werden muß. Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Sozialarbeit, öffentlich bezuschusste Beschäftigungsprojekte aller Art, Sprachkurse etc. sind nur im Rahmen einer staatlichen Umverteilungspolitik denkbar, die ihren normativen Ursprung im Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes hat. Dieses ist eine zivilisatorische Errungenschaft der Moderne, die gesichert werden muß. Doch der ökonomische Mechanismus, der dahinter steht, darf nicht länger ignoriert werden. Der ökonomisch begründete Effekt, daß Regionen mit hohen Sozialleistungen tendenziell Menschen mit niedrigem Einkommen und niedrigem Qualifikationsniveau anziehen (Mayer 1997, 37), weil sie sich dort höhere Transfereinkommen erhoffen, während hochqualifizierte Menschen und Finanzkapital dorthin wandern, wo aufgrund niedrigerer Transferleistungen eine geringere Steuer- und Abgabenlast herrscht,

führt letztendlich auch zu einer globalen Konkurrenz der sozialen Sicherungssysteme (Berthold/Fehn 1996, 24). Genau dieser Effekt ist seit einigen Jahren in Deutschland empirisch nachweisbar, weil es innerhalb der EU mit Abstand die meisten Kriegsflüchtlinge z. B. aus Bosnien und dem Kosovo aufgenommen hat und es überproportional – multipliziert durch Kontakte in ihre Heimatländer – das Wunschziel vieler Flüchtlinge ist und bleibt. So „hat Deutschland, das offiziell immer wieder betont, kein Einwanderungsland zu sein, ironischerweise in den letzten Jahren mehr Einwanderer aufgenommen als das ganze übrige Europa zusammen. Es ist heute das einzige europäische Land mit einer hohen Quote regelmäßiger Einwanderung“ (Thränhardt 1997, 137). Das große soziale und arbeitsmarktpolitische Konfliktfeld der Zukunft – schon heute gibt es ernst zu nehmende Anzeichen – wird deshalb der Verteilungs- und Positionierungskampf zwischen marginalisierten Deutschen, Ausländern, die seit längerer Zeit in Deutschland leben und evtl. eingebürgert worden sind und den neuen Zuwanderern sein. Welche Auswege bieten sich an?

Zunächst einmal wird eine unpopuläre, aber ökonomisch begründbare restriktive Einwanderungspolitik, die am ökonomischen und sozialen Bedarf des Aufnahmelandes orientiert ist, wohl unumgänglich (vgl. Höfer 1997, 160; Hof 1994, 25). Die Projektberichte über Migrant\*innenökonomien, Maßnahmen gegen Diskriminierung, Integrationsförderung, Jugendarbeit etc. (Brech/Vanhué 1997; Amann/v. Neumann-Cosel 1997), zeugen fast immer von großem Engagement und Einfallsreichtum. Sie liefern (und laufen) jedoch Gefahr, durch rapide steigende Fallzahlen immer wieder überrollt oder gar konterkariert zu werden.

Im Rahmen einer Bildungsoffensive, wie sie in den 50er und 60er Jahren in progressiven Wissenschaftskreisen vorgedacht und von der sozialliberalen Bundesregierung seit Ende der 60er Jahre umgesetzt worden ist, muß alles daran gesetzt werden, das Bildungsniveau der bereits hier lebenden Bevölkerung, egal welcher Nationalität, anzuheben. Dies ist stets auch eine politische und kulturelle Herausforderung, weil sie das Überleben der westlich orientierten pluralistischen und laizistischen Demokratie sichern hilft, und gegen politischen und religiösen Extremismus immunisieren soll. Warum sonst ist die „politische Bildung“ ein pädagogisches Ziel an sich geworden? Auch unter dem Aspekt verstärkter politischer Teilhabe, wie er bis in die 70er Jahre hinein als Emanzipationsprozeß der Arbeiterklasse diskutiert und gefordert worden ist, gibt es wohl zur Bildung in politischer, ökonomischer, tech-

nisch/naturwissenschaftlicher und kultureller Hinsicht keine Alternative. Die ex-post-Korrektur einer mangelnden Qualifikation bzw. eines falschen Qualifikationsprofils ist weit teurer und schwieriger als die ex-ante-Vermittlung von Bildungsinhalten und Berufseinstellungen.

Eine dem jetzigen Zustand einer zunehmend globalisierten und „ökonomisierten“ Weltgesellschaft angemessene Ethik, die auch Migrant\*innen ein chancenreiches Partizipieren an den Wohlstandsgewinnen ermöglicht, wird deshalb zwangsläufig kulturelle Veränderungen hervorrufen, weil die herkömmliche normativ begründete „Motivmoral“ (Homann 1997, 21) ineffizient geworden ist. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß insbesondere die türkische Bevölkerungsgruppe, in der zunehmende Tendenzen beobachtet werden, die auf eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Normen schließen lassen, auf diese Weise einem Modernisierungsdruck ausweichen will, der bereits mittelfristig schwere soziale Konflikte produzieren wird (zum gleichen Schluß, wenn auch aus anderer Perspektive, kommt Heitmeyer 1998, 458). Der Rückgriff auf religiös begründete, nicht weiter hinterfragte Normen, das Ziel, Staat und Religion wieder näher zusammenzurücken, die zunehmende Bereitschaft unter türkischen Jugendlichen, religiöse Werte auch gewaltbereit zu verteidigen (Heitmeyer u. a. 1997), ziehen weitere folgenschwere Wettbewerbsnachteile für die türkischen Migrant\*innen (und andere, sich ähnlich verhaltende Einwanderergruppen) nach sich. Es ist in diesem Zusammenhang auch Aufgabe von Politik, Bildungssystem und Sozialarbeit, den Einwanderergruppen zu verdeutlichen, was sie selbst dazu beitragen können, um ihre eigenen Lebensziele in ihrer neuen Umgebung zu verwirklichen. Das undifferenzierte Beharren auf kultureller Identität, kann also eine selbstverursachte ökonomische Benachteiligung nach sich ziehen, deren Gründe tiefer liegen als platter Rassismus. Dieser Beitrag richtet sich deshalb nicht zuletzt gegen einen blauäugigen Romantizismus in der Migrationspolitik.

Überhaupt scheint ein Perspektivenwechsel angebracht, weg von der paternalistischen bis bevormundenden Perspektive „Was tut die Gesellschaft für die Einwanderer?“ hin zur Perspektive „Wie gestalten Einwanderer ihre Systemumgebung?“ Außerdem muß der Diskurs darüber organisiert werden, wie Gesellschaft und Politik die Einwanderer in ihren Bemühungen unterstützen können. Dies ist extrem wichtig, um die „überforderten Nachbarschaften“, wie sie für viele Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre festgestellt worden sind (vgl. GdW

1998; Neuhöfer 1998), nicht sich selbst zu überlassen und den Prozeß hin zu ghetto- oder slumähnlichen Strukturen zu unterbrechen.

Aus Sicht der deutschen Gesellschaft bzw. der jeweiligen Aufnahmegesellschaften in Europa und Nordamerika, geht es darüber hinaus um die Reproduktionsbedingungen ihres politischen und rechtlichen Systems. Ein allgemeiner Werte-Relativismus, der auch eine Reihe von formellen Rechtsgütern einschließlich der Menschenrechte als „westlichen Kulturkolonialismus“ (Lepenes 1995) zur Disposition stellt, wird letztendlich dieses politische und rechtliche System infragestellen, das Werte-Pluralität, Toleranz und demokratische Teilhabe überhaupt erst ermöglicht (Tibi 1996, 31ff; Bertram 1995).

Natürlich ist Heterogenität eine Voraussetzung für Kreativität. Bestimmte Kernqualifikationen und allgemein eine gehörige Portion „Mut zur Modernität“ sind aber wohl unabdingbar. Diesen „Spagat“ zu schaffen, dürfte die eigentliche Herausforderung von Migranten aus traditionellen Gesellschaftssystemen sein. Dies läuft nicht automatisch auf einen westlichen „Kulturimperialismus“ hinaus. Viele Juden in Nordamerika haben sich ihre traditionellen kulturellen und religiösen Verhaltensmuster bewahrt, sind andererseits aber ökonomisch höchst erfolgreich geworden, ja haben sogar durch wichtige Unternehmerpersönlichkeiten und Wirtschaftswissenschaftler die kapitalistische Ökonomie weltweit geprägt.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: In einer sich schnell wandelnden Welt, die sowohl auf die Deutschen als auch auf alle hier lebenden Migrantengruppen einen großen Anpassungsdruck ausübt, macht es keinen Sinn, eine Bevölkerungsgruppe – „die“ Ausländer – einseitig vor diesen Wandlungen in Schutz zu nehmen. Man wird Migranten ökonomische *und* kulturelle Perspektiven aufzeigen müssen, die zu diesem Staat und seinem ökonomischen System passen. Wer ehrlich mit In- und Ausländern ist, wird ihnen erklären, daß es ein museales Konservieren des Althergebrachten nicht und vor allem immer weniger gibt.

## Literatur

Ausländerbericht der Bundesregierung 1995, Bundestags-Drucksache 13/3140 vom 29.11.95.

Ausländerbericht der Bundesregierung 1997, Bundestags-Drucksache 13/9484 vom 11.12.97.

Becker, Jörg (1996): Zwischen Integration und Dissoziation: Türkische Medienkultur in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44–45/96, S. 39–47.

Berufsbildungsbericht 1998, Bundestagsdrucksache 13/10651 vom 7.5.98.

Berthold, Norbert/Fehn, Rainer (1996): Arbeitslosigkeit oder ungleiche Einkommensverteilung – ein Dilemma? Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/96, S. 14–24.

Bertram, Günter (1995): Reduzierte „Komplexität“: Blindheit als Wohltat? Neue Juristische Wochenschrift, 36/95, S. 2328–2329.

Brech, Joachim (1997): Migration – Stadt im Wandel. Und die Planung?, in: Joachim Brech/Laura Vanhué (Hrsg.): Migration – Stadt im Wandel. Darmstadt: VWP, S. 16–19.

Brock, Dietmar (1997): Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. Von nationalen Volkswirtschaften zur globalisierten Weltwirtschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33–34/97, S. 12–19.

Bundesbericht Forschung 1996, Bundestags-Drucksache 13/4554 vom 8.5.96.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998): Integration junger Ausländer in das Bildungssystem kommt kaum noch voran. DIW-Wochenbericht 24/98 vom 11.6.98, S. 417–426.

Ersöz, Ahmet (1997): Türkische Ökonomie nach der Wende in Berlin, in: Renate Amann/Barbara v. Neumann-Cosel (Hrsg.): Berlin – Eine Stadt im Zeichen der Migration. Darmstadt: VWP, S. 114–116.

Fassmann, Heinz (1997): Die ethnische Segmentierung des Wiener Arbeitsmarktes, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 157–169.

Friedrichs, Jürgen (1997): Globalisierung – Begriff und grundlegende Annahmen. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33–34/97, S. 3–11.

GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e. V. (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. Erste Studie: Überforderte Nachbarschaften. Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen. Zweite Studie: Konsolidierung auf halbem Wege. Ostdeutsche Großsiedlungen zwischen sozialem Umbruch und städtebaulicher Erneuerung. Berlin und Köln: Selbstverlag.

Gensicke, Thomas (1996): Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96, S. 2–17.

Goldberg, Andreas/Sen, Faruk (1997): Türkische Unternehmer in Deutschland, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 63–84.

Häußermann, Hartmut (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung in Berlin, in: Renate Amann/Barbara v. Neumann-Cosel (Hrsg.): Berlin – Eine Stadt im Zeichen der Migration. Darmstadt: VWP, S. 22–25.

Hatz, Gerhard (1997): Die Märkte als Chance für Ausländer – Ausländer als Chance für die Märkte, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald, (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 170–191.

Herrmann, Helga (1995): Ausländische Jugendliche in Ausbildung und Beruf. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/95, S. 23–29.

Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: Wilhelm Heit-



- meyer/Rainer Dollase/Otto Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 443–467.
- Höfer, Max (1997): Klares Rechenexempel Zuwanderung. Wenn die Einwanderung von Ausländern nicht besser gesteuert wird, steigt die Arbeitslosigkeit. *Capital*, 6, S. 155–160.
- Hof, Bernd (1994): Möglichkeiten und Grenzen der Eingliederung von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 48/94, S. 11–25.
- Homann, Karl (1997): Verfall der Moral? Zum ökonomischen Fundament aller Moral. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 21/97, S. 12–21.
- Kloppfleisch, Roland/Sesselmeier, Werner/Setzer, Martin (1997): Wirksame Instrumente einer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 35/97, S. 23–32.
- Lepenes, Wolf (1995): Das Ende der Überheblichkeit. *DIE ZEIT*, 48, 24.11.95, S. 62.
- Mayer, Otto G. (1997): Globalisierung und wohlfahrtsstaatliche Aufgaben. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 33–34/97, S. 29–38.
- Müller, Beate (1996): Beschäftigung im Ruhrgebiet: Revitalisierung einer altindustrialisierten Region? Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung. *RWI-Mitteilungen*, S. 225–245.
- Negt, Oskar (1995): Die Krise der Arbeitsgesellschaft: Machtpolitischer Kampfplatz zweier „Ökonomien“. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 15/95, S. 3–9.
- Neuhöfer, Manfred (1997): Der Planer als Kommunikator – Informationsvermittlung bei der Sanierung einer Bergarbeitersiedlung. *RaumPlanung*, 76, März, S. 27–33.
- Neuhöfer, Manfred (1998): Überforderte Nachbarschaften. Eine Analyse von Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus und die Wohnsituation von Migranten. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 49/98, S. 35–45.
- Ortmanns, Bruno (1996): Ist die Dritte Welt wirklich am Ende? Zur Kritik von Entwicklungstheorien. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 12/96, S. 27–36.
- Rath, Jan (1997): Ein ethnisches Bäumchen-wechsel-dich-Spiel in Mokum? Immigranten und ihre Nachkommen in der Amsterdamer Wirtschaft, in: Joachim Brech/Laura Vanhué (Hrsg.): *Migration – Stadt im Wandel*. Darmstadt: VWP, S. 50–64.
- Rose, Günter (1981): *Modernisierungstheorien und bürgerliche Sozialwissenschaften*. Berlin (Ost): Akademie-Verlag.
- Rudolph, Hedwig/Hillmann, Felicitas (1997): Döner contra Boulette – Döner und Boulette: Berliner türkischer Herkunft als Arbeitnehmer und Unternehmer im Nahrungsgütersektor, in: Hartmut Häußermann/Ingrid Oswald (Hrsg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 85–105.
- Schettkat, Ronald (1996): Das Beschäftigungsproblem der Industriegesellschaften. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 26/96, S. 25–35.
- Thranhardt, Dietrich (1997): Zuwanderungspolitik im europäischen Vergleich, in: Steffen Angenendt (Hrsg.): *Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft*. München: Oldenbourg, S. 137–153.
- Tibi, Bassam (1996): Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 52–53/96, S. 27–36.
- Waltz, Viktoria (1997): Migration und Stadt – Analysen, Aufgaben, Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. *RaumPlanung*, 76, März, S. 23–26.

- Weiss, Dieter (1995): Entwicklung als Wettbewerb der Kulturen. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 29/95, S. 3–10.
- Welzmüller, Rudolf (1997): Zu den Folgen der Globalisierung für die nationalen Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte. Aus *Politik und Zeitgeschichte*, B 33–34/97, S. 20–28.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1997): *Medienkonsum der türkischen Bevölkerung in Deutschland*. Essen/Bonn: Eigenverlag.

#### **Der Autor:**

*Dipl.-Journ. Manfred Neuhöfer ist Pressesprecher des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e. V., Berlin und Chefredakteur der wi Wohnungspolitische Informationen.*

**Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG), 2. Jg.,  
Heft 2/2000  
Journal of Conflict and Violence Research, Vol. 2, 2/2000**

*Herausgeber:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Otto Backes, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Kurt Salentin, N.N.)

*Wissenschaftlicher Beirat:*

Jens Dangschat (Wien); Manuel Eisner (Zürich); Hartmut Esser (Mannheim); Friedrich Heckmann (Bamberg); Hans-Gerd Jaschke (Berlin); Wolfgang Kühnel (Berlin); Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen); Amélie Mummendey (Jena); Gertrud Nunner-Winkler (München); Karl F. Schumann (Bremen); Helmut Thome (Halle); Michael Vester (Hannover); Peter Waldmann (Augsburg)

*Redaktion:*

Heiner Bielefeldt; Wilhelm Heitmeyer; Kurt Salentin; Johannes Vossen (verantwortlich); Stefanie Würtz

*Koordination und Gestaltung:*

Johannes Vossen

*Cover:*

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld

*Gesamtherstellung:*

Druckerei Hans Kock, Bielefeld

*Anschrift der Redaktion:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3163/3165; Fax: 0521/106-6415, E-Mail: [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de)

*Erscheinungsweise:*

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober)

*Bezugsbedingungen:*

Jahresabonnement DM 30,- (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: DM 20,-), Einzelhefte DM 20,- (ermäßigt: DM 10,-). Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel.

**ISSN 1438-9444**

**Themenschwerpunkt „Europa von Rechts?“**

*Gustav Lebhart und Rainer Münz*

Einstellungen zu Ausländern und zum Thema Migration in Deutschland und Österreich

**147**

*Berndt Ostendorf*

Rechter Antiamerikanismus: kulturalistische Ausdeutungen der Globalisierungsangst

**163**

*Charles Westin*

Neo-Nazism in a Welfare State: The Example of Sweden

**185**

**Aufsätze**

*Heike Herrmann*

Sozialraum Quartier. Konfliktfelder und Perspektiven in Großstadtreionen

**207**

*Manfred Neuhöfer*

Ökonomischer Wandel versus kulturelle Identität. Anmerkungen zum Erfordernis kultureller und ökonomischer Anpassungsleistungen von Migranten in postindustriellen Gesellschaften

**224**

**Summaries**

**242**

**Forschungsnetzwerk „Ethnisch-kulturelle Konflikte, Rechtsextremismus und Gewalt“ – Projektvorstellungen**

*Christian Babka von Gostomski, Joachim Brüß, Renate Möller und Gisela Wiebke*

Wechselseitige Wahrnehmung, Integration und Interaktion Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft

**245**

*Heiner Bielefeldt und Wilhelm Heitmeyer*

Konflikte um religiöse Symbole. Moscheebau und Muezzinruf in deutschen Städten

**250**